

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 12/2020, 23. November 2020

**Liebe Bürger und Bürgerinnen,**

vor knapp zwei Wochen gab es eine geradezu historische Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union. Sie beinhaltet eine Erhöhung des Gesamthaushaltes und die Erschließung von neuen finanziellen Eigenmitteln für die EU. Das ist wichtig, um die Wirtschaft in der Corona-Krise zu stärken, damit Europa wieder auf die Beine kommt. Außerdem sollen Gelder für die EU-Programme genutzt werden – zum Beispiel für Bildung, Forschung oder Klimaschutz.

Außerdem wurde erstmals beschlossen, die Vergabe von EU-Geldern an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Mitgliedsstaaten zu koppeln. Wir Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben dies schon lange gefordert.

Es ist schon lange unerträglich, dass einzelne Regierungen sich erlauben, die Grundwerte der Europäischen Union zu verletzen und ungestraft weiterhin bedingungslos von den Vorteilen der EU profitieren dürfen.

Nun haben die Regierungen von Polen und Ungarn angekündigt, aufgrund dieser Rechtsstaatlichkeitsklausel ihr Veto gegen den Mehrjährigen Finanzrahmen einzulegen. Das lässt einmal mehr tief blicken. Schließlich verletzen die Regierungen dieser beiden Staaten seit Jahren die europäischen Grundwerte.

Die Kommission, das Parlament und 25 Regierungen stehen hinter der Einführung der Rechtsstaatlichkeitsklausel. Wenn sich die Europäische Union als Wertegemeinschaft versteht, dann darf sie jetzt nicht klein beigeben, sondern muss für ihre Grundwerte einstehen und in dieser Frage hart bleiben. Darauf kommt es jetzt bei den weiteren Verhandlungen im Rat an. Es ist jetzt auch eine herausragende Aufgabe für Frau Ratspräsidentin Merkel insbesondere ihren Parteifreund Orbán zu überzeugen und nicht klein beizugeben. Wir im Parlament stehen fest zu unserer Zusage!

Ihre

Evelyne Gebhardt: „Nachhaltigkeit stärken, Sicherheit im Netz gewährleisten“**EU-Kommission veröffentlicht Verbraucheragenda**

Die Europäische Kommission hat am Freitag, dem 13. November 2020 eine neue Verbraucheragenda bis 2025 veröffentlicht. Diese soll den europäischen Verbraucher-

schutzrahmen an die Herausforderungen der Digitalisierung und des Klimaschutzes anpassen.

Dazu Evelyne Gebhardt, Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und

Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments:

„Die zukünftige EU-Gesetzgebung muss mit der Realität Schritt halten und Verbraucherinnen und Verbrau-

INHALT**Seite 1**

- Kolumne
- EU-Kommission veröffentlicht Verbraucheragenda

Seite 2

- „Instagram live“ mit Dr. Linn Selle
- LGBTIQ-Strategie der EU-Kommission

Seite 3

- S&D-Fraktion fordert neuen Migrationspakt
- Termine

Seite 4

- EU & China: gegenseitige Anerkennung geographischer Angaben
- Aktuell im Europäischen Parlament
- Impressum





cher vor den verdeckten Gefahren beim Online-Shopping schützen. Ebenso wichtig wie der Schutz vor gefährlichen Produkten, wird nun auch der Schutz vor digitalen Gefahren. Immer häufiger werden Verbraucherinnen und Verbraucher online gezielt manipuliert und so ihr Verhalten ausgenutzt oder Entscheidungen verzerrt. Häufig ganz ohne ihr Wissen.

Informationen rund um die Kaufentscheidung haben enormes Potential, zu einem nachhaltigen Wandel der Wirtschaft beizutragen. Dafür müssen aber auch die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrau-

chern rund um Informationen und Garantien zu nachhaltigen Produkten gestärkt werden.

So braucht es klare Regeln gegen frühzeitige Alterung von Produkten und die Nutzerinnen und Nutzer sollen über die Reparierbarkeit von Geräten und Verfügbarkeit von Ersatzteilen Bescheid wissen.

Der Einkauf im Internet ist während der Corona-Krise enorm angestiegen. Dabei sind potentielle Kundinnen und Kunden großer Online-Verkaufsplattformen nicht vor gefährlichen Produkten geschützt, wenn Kinder sich durch Plastikteile

verletzen oder elektrische Geräte nicht den europäischen Standards entsprechen. Hier ist ein Update der Gesetze für die Produktsicherheit und Verantwortung von Online-Verkaufsplattformen längst überfällig.“

Hintergrundinformation: Die bisherige Verbraucheragenda stammt aus dem Jahre 2012. Im Rahmen der neuen Verbraucheragenda plant die Europäische Kommission unter anderem Vorschläge zur Überarbeitung der allgemeinen Produktsicherheitsrichtlinie und der Verbraucherkreditrichtlinie. ■

„Instagram live“ mit Dr. Linn Selle

Sicheres Online-Shopping steht im Mittelpunkt

Zur nächsten Ausgabe von „Instagram live“ lädt Evelyne Gebhardt recht herzlich ein: **„Augen auf beim Onlinekauf – Wie sicher ist digitales Weihnachtsshoppping?“ am Donnerstag, dem 26.11.2020, um 19 Uhr**

Gesprächspartnerin ist Dr. Linn Selle, Referentin beim Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV).

Das Gespräch findet über Evelyne Gebhardts Instagram-Seite statt:

<https://www.instagram.com/evelynegebhardtmeep>

Über den Chat können die Zuschauer und Zuschauerinnen auch Fragen stellen.

„Die aktuellen ‚Black Friday‘-Rabattaktionen nutzen viele Menschen für den Geschenkekauf und das Weihnachtsshoppping. Gleichzeitig hat Corona dazu geführt, dass noch mehr auf Online-Marktplattformen eingekauft wird. Doch welche Gefahren verbergen sich hinter den Bildern schöner

Produkte auf Amazon, Ebay und Co.? Um diese und ähnliche Fragen, wie zum Beispiel Produktsicherheit, geht es bei der Diskussion“, so Evelyne Gebhardt. ■



Dr. Linn Selle

Wichtiges Zeichen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung

LGBTIQ-Strategie der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat am Donnerstag, 12. November 2020, eine Strategie zum Schutz und zur Stärkung der Rechte von LGBTIQ-Personen vorgestellt. Hierzu erklärten die SPD-Europaabgeordneten Delara Burkhardt und Katarina Barley als Mitglieder der parlamentarischen, fraktionsübergreifenden „Intergroup“ des Europäischen Parlaments für die Rechte von schwulen, lesbischen, queer, trans-, bi- und intersexuellen Menschen:

Delara Burkhardt: „LGBTIQ-Personen werden überproportional häufig Opfer von Hassrede und

Gewalt. Ich begrüße den Vorschlag der Kommission hiergegen vorzugehen und die Rechte von LGBTIQ-Personen stärker und einheitlich zu schützen. Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, des Geschlechtsausdrucks oder der Geschlechtsmerkmale hat keinen Platz in der Europäischen Gemeinschaft.“

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Strategie ist der Schutz sogenannter 'Regenbogenfamilien'. Sie sind häufig mit gravierende Unterschieden konfrontiert, wenn es um die Anerkennung familiärer Bindungen

in verschiedenen Mitgliedstaaten geht. Das führt vor allem bei Grenzübertritten oft zu Problemen und schränkt das EU-Recht auf Bewegungsfreiheit für diese Familien ein. Die gegenseitige Anerkennung der Elternschaft muss europaweit gewährleistet sein.“

Katarina Barley: „Der Minderheitenschutz ist Teil unserer europäischen Grundwerte und in den EU Verträgen verankert. LGBTIQ-Personen werden von einer besorgniserregenden Anzahl europäischer Regierungen stigmatisiert und gegängelt. Kommissarin Helena Dalli setzt mit



der ersten EU-weiten LGBTIQ-Strategie ein wichtiges Zeichen gegen Ausgrenzung sowie Homo- und Transfeindlichkeit. Die Mitgliedsstaaten sind dazu aufgerufen, die Rechte von Minderheiten zu schützen, anstatt sie zu beschneiden.

Die LGBTIQ-freien Zonen in Polen sind ein erschreckendes Beispiel, wie fundamentale Grundrechte gebrochen werden. Es ist besonders besorgniserregend, wie rechtspopu-

S&D-Fraktion fordert einen neuen Migrationspakt auf der Grundlage von Solidarität und eine Debatte auf der Basis von Fakten

Mit Blick auf die Online-Tagung der EU-Innenminister am 13. November 2020 forderte die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament, dass der Standpunkt des Rats zum neuen Migrations- und Asylpakt sich erneut auf Solidarität konzentriert und die Diskussionen auf der Grundlage von Fakten geführt werden.

Birgit Sippel, Fraktionssprecherin für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und Berichterstatterin über die Screening-Verordnung im neuen Pakt, sagte dazu:

„Wir verfolgen die Diskussionen im Rat über den neuen Migrations- und Asylpakt, und bei uns läuten die Alarmglocken. Der Rat konzentriert sich zu sehr auf weitere restriktive Maßnahmen und kehrt gefährdeten Menschen, die Schutz suchen, den Rücken. Solidarität bedeutet nicht nur Unterstützung von Mitgliedsstaaten, sondern auch, Wege zur Unterstützung schutzbedürftiger Menschen zu finden.“

Das Recht des Einzelnen auf Asyl, mit einer umfassenden Prüfung, muss ein Eckpfeiler jedes zukünftigen Asylsystems in der EU bleiben. Jeder Asylantrag muss für sich genommen betrachtet werden, weil es einfach nicht möglich ist, auf den ersten Blick zu sagen, ob der Antrag einer Person akzeptiert werden sollte oder nicht. In gleicher Weise sollte niemand im Asylverfahren le-

listische Regierungen die Corona-Pandemie nutzen, um minderheitenfeindliche Gesetze durchzudrücken. Die geplante transfeindliche Gesetzgebung in Ungarn treibt das auf die Spitze. Die Kommission sollte alle verfügbaren Instrumente bis hin zu Vertragsverletzungsverfahren nutzen, um Mitgliedsstaaten für Grundrechtsverstöße zur Verantwortung zu ziehen.“ ■

diglich aufgrund der Nationalität oder einzig und allein, weil es sich um einen Asylbewerber oder eine Asylbewerberin handelt, inhaftiert oder festgehalten werden. Diskussionen unter den Ministern, die in diese Richtung gehen, werden von der Sozialdemokratischen Fraktion keine Unterstützung erhalten.

Der Rat muss auch den wichtigen Beitrag überdenken, den die legale Migration im Rahmen einer wirksamen Migrationsreform leisten kann. Wir machen uns im Europäischen Parlament für neue legale Wege für Arbeitsmigration auf allen Ebenen stark, und wir wollen, dass die Kommission nächstes Jahr entsprechende Gesetzesvorschläge vorlegt.“

Juan Fernando López Aguilar, Vorsitzender des Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und Berichterstatter über das Kriseninstrument im neuen Pakt, sagte:

„Von Anfang an haben wir uns für einen neuen Pakt eingesetzt, der verbindliche Solidarität und gemeinsame Antworten bringt, die sowohl mit dem EU-Recht als auch mit dem Völkerrecht in Einklang stehen. Wir haben eine Gelegenheit, den direkt betroffenen Mitgliedsstaaten und den Such- und Rettungseinsätzen mit einem dauerhaften und verpflichtenden Umsiedlungsmechanismus, auf den sie sich verlassen können, jene echte Unterstützung

TERMINE

- **23. November-26. November 2020**
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments
Ort: Brüssel (per Fernteilnahme)
- **23. November 2020, 19.00 Uhr**
„Augen auf beim Onlinekauf – Wie sicher ist digitales Weihnachtshopping?“
Instagram live mit Dr. Linn Selle
Zugang über:
<http://www.instagram.com/evelynegebhardtmeep>
- **23. November 2020, 20.30 Uhr**
Gesprächsgast bei Radio StHörfunk (Sendung „Zur Lage der Nation“)
Livestream über:
<http://www.sthoerfunk.de>
- **30. November 2020, 7.45 Uhr**
Videodiskussion mit der Klasse 10 a des Gymnasiums bei St. Michael Schwäbisch Hall
- **2. Dezember 2020, 13.45 Uhr**
Sitzung des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments
Ort: Brüssel (per Fernteilnahme)
- **4. Dezember 2020, 10.25 Uhr**
Videodiskussion mit der Klasse 10 c des Gymnasiums bei St. Michael Schwäbisch Hall
- **5. Dezember 2020, 10.30 Uhr**
Landesvorstandssitzung Europa-Union Baden-Württemberg e.V. (per Videokonferenz)



zu geben, die sie brauchen.

In Krisensituationen unterstützen wir einen speziellen Solidaritätsmechanismus, der durch klar definierte Parameter ausgelöst wird und dazu führt, dass umfangreiche Unterstützung geleistet wird. Um zu vermeiden, dass wir die Fehler der Vergangenheit wiederholen, muss der neue Pakt Umsiedlung als vor-

rangigen und wesentlichsten Akt der Solidarität verankern, den die Mitgliedsstaaten aufgreifen. In den nächsten Monaten wird es ständige Diskussionen über den neuen Pakt geben, aber es muss eine sachlich fundierte Debatte auf der Grundlage von Fakten sein. Vor allem müssen wir falschen Narrativen entgegenwirken, die Migration als eine

Bedrohung darstellen, um Angst und Feindseligkeit hervorzurufen. Unsere Botschaft an den Rat ist: Die Mitgliedsstaaten müssen zusammenarbeiten, um die Herausforderungen der Migration zu bewältigen, aber ohne die grundlegenden Prinzipien und Werte der EU aufzugeben.“ ■

EU & China: Gegenseitige Anerkennung geographischer Angaben

Europäisches Parlament nimmt Abkommen an

Das Europäische Parlament nahm heute das Abkommen zwischen der Europäischen Union und China über die Zusammenarbeit im Bereich der geographischen Angaben und deren Schutz an. Dadurch werden 100 europäische und chinesische Herkunftsbezeichnungen und in vier Jahren 175 weitere geschützt.

Die für Fragen des Handels zwischen der EU und China verantwortliche Abgeordnete der S&D-Fraktion, Inma Rodríguez-Piñero, erklärte:

„Mit dem heutigen Beschluss stärkt das Europäische Parlament die Rechte der Lebensmittel- und

Getränkehersteller wie Vino de Rioja, Mozzarella di Bufala, Languedoc-Wein oder Polska Wodka im Wachstumsmarkt China. Diese Vereinbarung über Ursprungsangaben ist das erste maßgebliche bilaterale Handelsabkommen zwischen der EU und China und beruht auf gegenseitigem Respekt. Wir betrachten dies als ein ermutigendes Zeichen dafür, dass China bereit ist, mit der EU partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Wir bewegen uns in Richtung mehr Gegenseitigkeit, Nichtdiskriminierung und Offenheit der Märkte.

Mit der Unterzeichnung des

Abkommens hat China sich für das europäische System des Schutzes der Qualität von Produkten auf der Grundlage ihrer Herkunft entschieden. Als nächsten Schritt müssen wir sicherstellen, dass das Abkommen vor Ort umgesetzt wird. Wir fordern die EU-Kommission auf, das Verfahren der Eintragung von geographischen Angaben genauestens zu überwachen.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um die Verhandlungen mit China über das Investitionsabkommen zu intensivieren. Unser Standpunkt ist klar: Gleiche Wettbewerbsbedingungen müssen garantiert und die Menschenrechte uneingeschränkt geachtet werden, und zwar immer.“ ■

AKTUELL IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Die Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (23.11.-26.11.2020) findet in Brüssel statt. Die Abgeordneten sind wieder per „Fernteilnahme“ dabei. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die folgenden Themen:

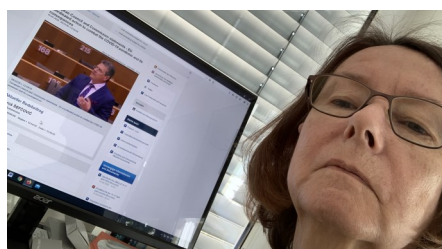
- Verbraucherrechte stärken - die europäische Sammelklage
- Produktsicherheit und Recht auf Reparatur
- Vorbereitung des EU-Gipfels (10./11.12.2020)
- EU-Industriestrategie
- Lage der Grundrechte in der EU
- Handelspolitik der neuen EU-Kommission

Weitere Informationen unter:

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/agendas.html>

Sie möchten wissen, wie Evelyne Gebhardt zuletzt im Parlament abgestimmt hat? Hier eine Übersicht:

<http://www.evelyne-gebhardt.eu/de/im-parlament/wie-ich-abgestimmt->



Abgeordnete im Homeoffice: Aufgrund der aktuellen Coronasituation finden weiterhin keine Plenarsitzungen in Straßburg statt.

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Fabian Rothfuss

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau

Tel.: 07940 59122

Fax: 07940 59144

info@evelyne-gebhardt.eu

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel

Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66

Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

evelyne.gebhardt@ep.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:

Copyright PHOTO © European Union